

Tennet will deutsches Stromnetz verkaufen

Berlin (energate) - Der Übertragungsnetzbetreiber Tennet strebt den Verkauf seines deutschen Stromnetzes an den Staat an. Entsprechende Gespräche mit der Regierung will das Unternehmen aufnehmen, heißt es in einer Mitteilung. Hintergrund ist der steigende Kapitalbedarf des Unternehmens im Zuge des Netzausbaus, den es zum Teil über eigene Mittel decken muss. Tennet beziffert den Investitionsbedarf in Deutschland für die kommenden Jahre auf 15 Mrd. Euro. Das Unternehmen betreibt Übertragungsnetze sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden und ist aktuell im Besitz des niederländischen Staates. Dort ist die Bereitschaft begrenzt, weiteres Kapital für den deutschen Netzausbau einzubringen. Da Stromnetze zur kritischen Infrastruktur gehören, ist der Kreis möglicher Investoren begrenzt. Verhindern will Deutschland etwa den Zugriff aus Drittstaaten wie China. Die Bundesregierung verhandelt bereits seit dem vergangenen Jahr mit der niederländischen Regierung über einen Einstieg bei Tennet über die Staatsbank KfW, auch eine Komplettübernahme hatte ein Regierungssprecher im November 2022 nicht ausgeschlossen. Eine Tennet-Übernahme durch den Bund wäre nach Uniper und der ehemaligen Deutschland-Tochter von Gazprom, Sefo, die dritte Verstaatlichung im Energiesektor binnen eines Jahres. "Vollständiger Verkauf" "Tennet erkennt an, dass sowohl die niederländische als auch die deutsche Regierung es vorziehen, ihre jeweiligen nationalen Stromnetze zu finanzie-

ren, kontrollieren und besitzen", heißt es in der Mitteilung. Vor diesem Hintergrund und nach Prüfung möglicher Optionen beabsichtige Tennet nun, Gespräche mit der deutschen Regierung aufzunehmen, um die Möglichkeit eines vollständigen Verkaufs der deutschen Aktivitäten von Tennet "zu akzeptablen Bedingungen" auszuloten, so das Unternehmen. Entstehen könnten daraus starke nationale Akteure auf deutscher und niederländischer Seite. Der Stromnetzbetreiber räumte ein, dass die niederländische Regierung noch keine finale Entscheidung zur Zukunft des Unternehmens getroffen habe. Mit der Regierung in Den Haag will sich der Netzbetreiber im weiteren Prozess eng abstimmen. Kommt die Netz AG? Eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums begrüßte das Angebot von Tennet zum Verkauf des deutschen Netzgeschäfts. Weitere Details wollte sie nicht nennen und verwies auf die laufenden Gespräche mit der niederländischen Regierung. Ob die Bundesregierung weitere Anteilsübernahmen bei anderen Netzbetreibern anstrebe, wollte sie nicht kommentieren. "Klar ist, es braucht Investitionen in den Netzausbau." Am Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz ist der Staat bereits mit 20 Prozent beteiligt. Der Einstieg erfolgte seinerzeit, um einen Zugriff des chinesischen Unternehmens SGCC zu verhindern (energate berichtete). Der Übertragungsnetzbetreiber Transnet BW beziehungsweise dessen Mutterkonzern EnBW hatten im vergangenen Jahr ebenfalls angekündigt, einen Teilverkauf des Netzbe-

treibers anzustreben und dafür Investoren zu suchen. Die staatliche KfW verfügt hier über ein Vorkaufsrecht (energate berichtete). Die Sprecherin von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bestätigte, dass Gespräche liefen, äußerte sich aber nicht zu Details. Auch SPD für staatliche Stromnetze, FDP skeptisch Die Ankündigung von Tennet könnte die Diskussion um eine staatliche Netz AG wieder verstärken. Bei der SPD dürfte das Thema staatliche Infrastruktur in öffentlicher Hand auf offene Ohren stoßen. Die Partei verabschiedete kürzlich ein Papier, in dem sie für mehr staatliche Beteiligung am Netzausbau warb (energate berichtete). Der niedersächsische Energieminister Christian Meyer (Grüne) erklärte, Niedersachsen würde einen Verkauf des deutschen Netzes an die Bundesregierung und damit die öffentliche Hand sehr begrüßen. "Das würde uns sehr weiterhelfen mit Blick auf den dringend notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien." Kritische Töne kommen vom Ampelpartner FDP. Eine Tennet-Übernahme dürfe nur ein Zwischenschritt sein, sagte der energiepolitische Sprecher der Partei im Bundestag, Michael Kruse, dem "Handelsblatt". Der Bund müsse dann für eine Vergabe an Private sorgen. "Sollten sich in Deutschland keine privaten Investoren mehr für Energienetze finden, dann wäre das ein Alarmsignal, dass etwas mit der Ausgestaltung der Energiewende schief läuft", betonte er. /kw

Wörter: 575